Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.

Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 326. Sonntag 24. November 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Reichstag trat gestern in die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Abänderung der Majestätsbeleidigungs-Paragraphen. In den nächsten Tagen werden Interpellationen erörtert werden. (S. Ver. und Dtschs. R.)

* Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Nieberding kündigte im Reichstag die Vollendung der Arbeiten für das neue Reichsstrafgesetzbuch im Laufe des nächsten Sommers an. (S. Ber.)

* Ein Zusammenschluß der mittelamerikanischen Staaten wird für 1909 vorbereitet. (S. Ausl.)

Das Frauenwahlrecht.

Die Sozialdemokratie hat auf ihrem preußischen Parteitage, der sinnig ironisierend Preußentag genannten Versammlung, die dieser Tage in Berlin abgehalten wurde, ihren übrigen Torheiten eine neue hinzugefügt. Ihr ist es nicht genug, daß sie durch Halsstarrigkeit auch die ehrlichen Freunde der preußischen Wahlreform vor den Kopf gestoßen hat und ihnen die Arbeit schwer macht, sie wollte noch ein übriges tun und forderte daher, ausgerechnet für Preußen, das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für alle Personen über zwanzig Jahre, ohne Unterschied des Geschlechts. Womit denn erreicht sein dürfte, daß man die preußischen Wahlrechtsforderungen der Genossen überhaupt nicht mehr ernst nimmt. Doch sei die Gelegenheit benutzt, um uns einmal mit dem Frauenwahlrecht zu beschäftigen.

Im Parteiwesen, wenn man von der Sozialdemokratie absieht, ist das Frauenwahlrecht im Deutschen Reiche noch nicht Gegenstand prinzipieller Entscheidungen gewesen. Die Frage ist auch noch nie so aktuell gewesen, daß die bürgerlichen Parteien sich hätten mit ihr beschäftigen müssen. Und der übrigen politischen Schwierigkeiten sind genug, um das Nichtanrühren einer solchen großen Frage ohne Not zu verstehen. Immerhin dürfte der Sozialdemokratie der Mut zu ihrer neuerlichen Aufrollung der politischen Frauenfrage von bürgerlicher Seite, von dem letzten Katholikentage, gekommen sein. Dort ist nämlich deutlich offenbart worden, daß das Zentrum sich ernsthaft zu „modernisieren" bestrebt ist, in dem Sinne, einer doch nicht völlig zu bannenden Emanzipationsbewegung die vorteilhafteste Seite abzugewinnen. Und wer weiß, ob nicht das Zentrum eines Tages die politische Welt mit einem Frauenwahlrechtsantrag überrascht, wie es einen Toleranzantrag eingebracht hatte. Die ultramontane Kalkulation wäre nicht so gewagt, wie sie sich ausnimmt. Allen übrigen bürgerlichen Parteien würde das Zentrum damit große Schwierigkeiten machen, während es selbst seiner Frauenwelt vorläufig völlig sicher ist. Und wenn wir jetzt schon an ultramontaner Terrorisierung keinen Mangel haben, so könnten wir dann allerdings Ausbrüche von politischem Fanatismus erleben, gegen die alles bisher bei uns Bekannte Kinderspiel gewesen sein würde.

Von den Konservativen ist ohne weiteres, ihrer ganzen politischen Denkungsart entsprechend, anzunehmen, daß sie für das Frauenwahlrecht nicht zu haben sein werden. Es würde ihrer ganzen Auffassung vom Wesen der Familie, ihrer Vorliebe für ein patriarchalisches Regime widersprechen. Wie aber würde sich der Liberalismus mit der Forderung abfinden? Wir sehen hier von den einzelnen Parteien ab und meinen den Liberalismus als politische Weltanschauung. Dann wird sofort klar, daß der Liberalismus, der die Entwickelung der Persönlichkeit propagiert, sich nicht grundsätzlich ablehnend zu der Forderung stellen kann. Aber damit werden die großen Gefahren einer unvermittelten Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts auf allen Gebieten nicht aus der Welt geschafft. Wie es jedem nicht durch Parteidoktrin Geblendeten einleuchtet, daß man einem unreifen Volke kein völlig demokratisches Wahlrecht geben kann, so ist es auch unmöglich, einer bis auf den heutigen Tag politisch unerzogenen Menschengattung das wichtigste politische Recht in die Hand zu geben. Um das mit einiger Zuversicht tun zu können, wäre eine systematische Erziehung des weiblichen Geschlechts für die neuen Aufgaben Bedingung. Eine Erziehung, die mit der Schule anzufangen hätte und in allmählicher praktischer Ausdehnung des politischen Wirkungskreises fortzusetzen wäre. In den Kommunen hat man ja schon vielerorts einen Anfang gemacht, indem man den Frauen in der Armenpflege und in ähnlichen Verwaltungsgebieten Betätigungsraum geschafft hat. So wäre es wohl in langsamer, systematischer Arbeit zu erreichen, daß man den Frauen auch den Weg in der Politik ebne. Bliebe aber immer noch das auch von uns nicht gering geachtete Bedenken, daß durch die politische Emanzipation der Frau der politische Streit in die Familie getragen würde. Für große Kategorien der Wählermassen würde das freilich ausgeschlossen sein. So würden, wie schon erwähnt, die Ultramontanen sicher keine familiären Schwierigkeiten zu befürchten haben. Auch die völlig proletarisierten Massen würden der Frauen im allgemeinen sicher sein. Viel diffizler wäre die Angelegenheit in den Mittelschichten des Volkes. Vielleicht böte sich ein Ausweg, indem man nur den selbständig wirtschaftenden Frauen das Stimmrecht geben und die Ehefrauen durch Verdoppelung des Stimmgewichts ihrer Ehemänner entschädigen könnte. Doch das sind natürlich alles in ferner Zukunft erst aktuell werdende Erwägungen. Außer in einzelnen Staaten Australiens und in Finnland hat man noch nirgends praktische Versuche mit dem Frauenwahlrecht angestellt. Und auch dort erst in allerjüngster Zeit, so daß abschließende Erfahrungen noch nicht vorliegen. Auch in den sonst recht freiheitlich regierten Staaten, z. B. in England, denkt man noch gar nicht daran, den Frauen das Wahlrecht zu geben, obwohl dort schon seit Jahren eine heftige Agitation für das Wahlrecht betrieben und von den Frauenstimmrechtlern, den suffragists, schon mancher Skandal provoziert worden ist.

Im übrigen aber stehen den zu befürchtenden Nachteilen doch auch wieder recht gewichtige Vorzüge gegenüber. Nicht etwa, daß wir eine Veredelung der politischen oder auch nur der Wahlsitten durch den Eintritt des weiblichen Geschlechts in den politischen Kampf erhofften. Aber man kann wohl annehmen, daß die Frauen mit ihrem stets auf das Praktische und Näherliegende gerichteten Sinn mit der Zeit den Utopisten recht gefährlich werden könnten. Eine proletarische Frau wäre durch sofort zu erringende Vorteile ganz gewiß viel leichter auf den Weg der Reform anstatt des Umsturzes zu bringen, als das bei dem durch Doktrinen im Bann gehaltenen Manne möglich sein wird. Man kann ferner voraussehen, daß Frauen, Mütter viel mehr mit Rücksicht auf das künftige Schicksal ihrer Kinder auf die Möglichkeit der individuellen Aufwärtsentwickelung bedacht sein werden, als ihre Männer, die heute in der allgemeinen Uniformierung das Heil sehen. Auch auf manchen Verwaltungsgebieten, besonders in der Polizei, auch als Richter in besonderen Fällen würden Frauen sicher treffliche Dienste leisten. Man könnte also sehr wohl daran denken, schon jetzt eine solche Entwickelung, die als wahrscheinlich anzusehen ist, vorzubereiten, so daß in heute noch gar nicht absehbarer Zeit vielleicht einmal die Emanzipation der Frau mit dem politischen Wahlrecht die Krönung erfahren könnte.

Aber das ist doch schließlich liberale Zukunftsmusik. Und darüber kann unter ernsthaften Politikern bürgerlicher Richtung gar kein Streit sein, daß die Erörterung eines sofort einzuführenden Frauenwahlrechts gar nicht diskutabel ist, daß jede daran gesetzte Minute Zeitvergeudung wäre. Und nicht allein, weil es doch nicht zu erreichen, sondern auch weil es an sich eine Torheit, eine Sünde wäre, unseren absolut unvorbereiteten Frauen die Geschicke des Staatswesens zu überantworten. Für die Sozialdemokratie freilich existieren solche Bedenken nicht. Bei der kommt es ja überhaupt auf ein bißchen mehr Wirrwarr nicht an. Wer das Risiko auf sich zu nehmen bereit ist, unser ganzes Wirtschaftsleben von heute auf morgen auf den Kopf zu stellen, der braucht es auch mit den Folgen der Einführung des Frauenwahlrechts nicht so genau zu nehmen. Herr Ledebour möchte ja auch je eher je lieber den Eingeborenen unserer Kolonien, den Hottentotten und Herero, das Wahlrecht, natürlich das allgemeine, gleiche und direkte, präsentieren. Von solchem Standpunkte aus ist das Frauenwahlrecht nur eine selbstverständliche Bagatelle. Für alle übrigen Politiker aber ist die Angelegenheit doch wohl noch nicht spruchreif. Und selbst die Ultramontanen werden sich wohl noch einige Zeit besinnen, bis sie das Experiment wagen. Denn wenn es ihnen zunächst auch einen sicheren Machtzuwachs brächte, so könnte die Entwickelung der Frauenemanzipation doch auch leicht über das Zentrum hinweggehen. Denn eine solche Freiheit zieht andere noch sich.

Auch wenn man noch so liberal gesinnt ist, wird man deshalb nach Erwägung aller Möglichkeiten in der Verquickung der preußischen Wahlrechtsfrage mit dem Problem des Frauenwahlrechts nichts als einen der üblichen sozialdemokratischen Schwänke erblicken können. Von praktischen Erfolgen dieser Bestrebungen kann gar keine Rede sein. Nur das eine bleibt sicher, daß die Liberalisierung des preußischen Wahlrechts durch diesen neuesten Streich der Genossen beträchtlich erschwert worden ist. Die Reaktionäre aller Gattungen werden die Berichte vom „Preußentage" mit Schmunzeln gelesen haben. Abermals hat die doktrinäre deutsche Sozialdemokratie einen großen politischen Moment verpaßt und sich zur praktischen Lösung großer Aufgaben unfähig erwiesen.

Zur Vertretung der medizinischen Wissenschaft in der Ersten Kammer.

Die Forderung nach einer zeitgemäßen Aenderung in der Zusammensetzung der Ersten Kammer, des sächsischen Oberhauses, ist nicht neu; sie wird seit Jahren schon erhoben, insbesondere aus den Kreisen der Industrie, des Handels und des Gewerbestandes, die eine der volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser Berufsstände entsprechende Vertretung in der Ersten Kammer beanspruchen. Die Regierung hatte sich zunächst abwartend verhalten, bis sie schließlich in der vorigen Landtagssession von sich aus eine Vorlage einbrachte, nach der eine Aenderung in der bisherigen Zusammensetzung der Ersten Kammer durch Vermehrung ihrer Mitglieder um sechs stattfinden sollte, von denen fünf vom Könige aus den Kreisen des Handels, der Industrie und des Gewerbestandes ernannt, das sechste Mitglied aber von der Technischen Hochschule zu Dresden aus deren ordentlichen Professoren gewählt werden sollte.

Alsbald nach Bekanntwerden der Vorlage rührte man sich überall in den Kreisen, welche nach ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen Bedeutung eine ständige Vertretung in der Ersten Kammer beanspruchen zu sollen glaubten, in dem Regierungsentwurfe aber nicht die erwartete Berücksichtigung gefunden hatten. Bereits unter dem 12. Januar 1904 hatten die geordneten Vertreterorgane der sächsischen Aerzte, die damaligen ärztlichen Kreisvereinsausschüsse, an die Königliche Staatsregierung und an die Ständekammern eine Petition gerichtet, in welcher neben den die Vertretung in der Zweiten Kammer angebenden Wünschen die Bitte ausgesprochen war, daß in der Ersten Kammer einem Arzte Sitz und Stimme eingeräumt werden möchte. Und unter dem 18. Januar 1906 war mit Rücksicht auf den inzwischen veröffentlichten Regierungsentwurf über die Zusammensetzung der Ersten Kammer von den Vorsitzenden der fünf Aerztekammern des Königreichs an die Regierung und an die damals tagende Ständeversammlung eine Eingabe gerichtet worden, welche in das Ersuchen ausgeht:

„Die Hohe Ständeversammlung wolle bei der Beratung über die Erweiterung der Ersten Kammer dahin Bedacht nehmen, daß in der Ersten Kammer einem Arzte ein Sitz eingeräumt werde."

Begründet war das Petitum damit, daß die Bedeutung der medizinischen Wissenschaft für das Allgemeinwohl an Inhalt und Umfang stetig zunimmt, und daß die großen Aufgaben, welche dem Staate und den Gemeinden im Interesse einer gedeihlichen Gesundheitspflege und eines gedeihlichen Gesundheitsschutzes zu lösen obliegen, fortgesetzt sich erweitern, so daß die Sicherung der verfassungsmäßigen Mitgliedschaft eines Vertreters der Gesundheitswissenschaft in der Ersten Kammer zur richtigen Wahrung der betreffenden Lebensinteressen von Staat und Gemeinden als unbedingt notwendig erachtet werden muß.

„Nicht um die Interessen eines einzelnen Erwerbsstandes handelt es sich hierbei" — so ist in der Eingabe ausdrücklich betont — „sondern vielmehr darum, daß mit Rücksicht auf die Erfahrungstatsache, daß zu den wichtigsten Fundamenten des modernen Staatslebens neben einer geordneten Rechtspflege eine geordnete Gesundheitspflege gehört, die medizinische Wissenschaft durch einen Arzt in der Ersten Kammer ständige Vertretung erhalte."

Der Regierungsentwurf ist bekanntlich von der Zweiten Kammer (in der Sitzung am 4. und 5. April 1906) abgelehnt worden. Schon damals aber hatte ein nicht unerheblicher, wenn schon zunächst noch in der Minderheit verbliebener Teil der Abgeordneten sowohl in der Gesetzgebungsdeputation (5 von 13 Mitgliedern), als auch bei der Beratung im Plenum (28 von 78 anwesenden Abgeordneten) dafür gestimmt: daß „ein (1) von den ärztlichen Kreisvereinen auf Lebenszeit gewähltes Mitglied" in der Ersten Kammer Sitz und Stimme erhalte. Jetzt nun ist die Frage einer veränderten Zusammensetzung der Ersten Kammer vom Landtage selbst wieder aufgenommen worden. Von den drei in der Sitzung am 29. Oktober 1907 zur Sache eingebrachten und der Gesetzgebungsdeputation überwiesenen Anträgen dürfte der Antrag der nationalliberalen Fraktion, der zwischen dem konservativen und dem freisinnigen Antrage die Mittelstraße innehält, am meisten Aussicht haben, die erforderliche Mehrheit auf sich zu vereinigen.

Zu diesem Antrage äußert sich nun auch das sachärztliche Organ, das soeben erschienen ist. Es gibt die Ansichten der sächsischen Aerzteschaft mit folgenden Worten wieder: Mit Genugtuung begrüßen wir sächsischen Aerzte diesen nationalliberalen Antrag, weil er der Bedeutung der Gesundheitswissenschaft im modernen Staatsleben Rechnung zu tragen sich bemüht. Unsere Genugtuung ist um so größer, als nach den Ausführungen des seinerzeitigen (1906) Deputationsberichterstatters der Ersten Kammer, Geh. Rat Wach-Leipzig, und nach dem Votum dieser Deputation der für das Gemeinwohl und das gesamte Staatsleben so außerordentlich wichtige, unentbehrliche Faktor „Gesundheitswissenschaft als gemeinberufsständische Angelegenheit und die Vertretung dieses für Staat und Gemeinde so bedeutungsvollen, im wahrhaften Sinne des Wortes volkswirtschaftlichen Faktors in der Ersten Kammer als eine berufsständische Interessenvertretung, analog der der Hausbesitzer- und Grundbesitzervereine, Handwerkerinnungen und ähnlichen wirtschaftlichen Gruppen, hingestellt erschien. Hoffen wir, daß im zielbewußten Zusammenarbeiten zwischen den Ständekammern und der Königlichen Staatsregierung etwas Ersprießliches geschaffen wird, und daß hierbei insbesondere auch der Gesundheitswissenschaft die ihr gebührende ständige Vertretung in dem Repräsentativkörpern des Landes gesetzlich gewährleistet wird — nicht in unserem Interesse, im Interesse der Aerzte, sondern im Interesse der Allgemeinheit.

Die Londoner Kolonie und der deutsche Kaiser.

(Von unserem Londoner K.-Korrespondenten.)

Der Nachhall des Kaiserbesuches in der deutschen Kolonie Londons ist noch keineswegs am Verklingen. Er teilt vielmehr mit jedem guten Echo die Eigenschaft, daß vor dem Ausklingen noch ein Crescendo erfolgt. Die Deutschen beginnen jetzt erst recht, ihre Meinungen auszutauschen. In einem Lande, wie England, huldigt die Kolonie selbstverständlich in der Hauptsache liberalen Anschauungen. Gerade deshalb tritt nach einem Besuche des Landesfürsten die Kritik erst nach dem Abstreifen einer gewissen Reserve hervor.

Es ist gleich von vornherein festzustellen, daß die beiden Majestäten sich eine bleibende Erinnerung bei vielen deutschen Teilnehmern der Feste in der Botschaft gesichert haben. Weniger freundlich lautet das Urteil über die Leistungen der Botschaft. Es ist naturgemäß, daß an die Botschaft bei einer solchen Gelegenheit allerlei Anforderungen aus dem Kreise der Kolonie herantreten, auch unberechtigte, denen nicht willfahrt werden kann. Es sind, und zwar mit Recht, Stimmen laut geworden, daß in dieser Beziehung die Botschaft vielleicht mit mehr Bestimmtheit hätte auftreten können. Immerhin ist es erfreulich gefunden worden, daß die Botschaft wenigstens einzelne Leute von der kaiserlichen Gegenwart fernzuhalten gewußt hat, die vor zwei Jahren zum Erstaunen der City mit anderen deutsche Dekorationen erhalten hatten, schon damals keine geeigneten Empfänger solcher Auszeichnung waren und in der Zwischenzeit offenkundig ihrer unwürdig geworden sind. Noch bei dem Empfang in der Guildhall suchten die betreffenden Persönlichkeiten Zutritt. Das ist nur eine kleine Episode, die beweist, daß man in Berlin bei den Bemühungen, dem Deutschtum im Auslande Freundlichkeiten zu beweisen, nicht immer gut unterrichtet ist. Es bleibt freilich sehr fraglich, ob die Botschaften immer um Auskunft angegangen werden.

Darüber, daß bei der Ordensverteilung im Anschluß an den Kaiserbesuch einige handgreifliche Inkonsequenzen vorgekommen sind, braucht man wenig Worte zu verlieren. Die Kolonie ärgert sich darüber; die Ordensgesegneten liebkosen ihr Knopfloch auch so. Etwas ernster hingegen ist die merkwürdige Erscheinung, daß auf der Vorstellungsliste kein einziger der vielen hervorragenden Weltkaufleute zu finden ist, die als Pionier des Deutschtums ihre Firmen in der City von kleinen Anfängen zu erdumpannenden Unternehmungen heraufgearbeitet haben. Es gibt fast keine Branche des Großhandels, in der nicht erstklassige Menschen dieses Schlages, Leute von größerem Zuschnitt als die vom Kaiser gerngesehenen „Amerikaner" zu finden sind. Freilich sind diese Leute mit ganz wenigen Ausnahmen viel zu unabhängig, um sich der Botschaft aufzudrängen. Sie empfinden ihren völligen Ausschluß von der Vorstellungsliste auch nicht als Zurücksetzung — darüber sind sie hinaus —, aber sie bedauern aus rein praktischen Gesichtspunkten eine Botschaft, die mit dem besten Teile des Londoner Deutschtums keine Fühlung finden kann oder darf. Und man fragt sich, wie eine solche Botschaft bei dem Kaufmannsvolk der Engländer wohl gewogen werde. Der deutsche Handel ist in London in einer eigentümlichen Lage. Eine deutsche Handelskammer gibt es nicht. „Deutschland" ist ja die einzige europäische Regierung, die keine nationalen Handelskammern im Auslande „wünscht". Der vom englischen Individualismus angesteckte Kaufmann sucht die „nicht gewünschte" Gruppenbildung ohnehin nicht viel. Die Botschaft kann also zu ihrer Entschuldigung anführen, daß es kein „berufenes Organ" für die Auswahl der einzelnen Kaufleute gab. Kann darf man aber fragen, wer das berufene Organ war, das die deutschen Finanziers auf die Liste setzte?

Der Kaiser würde Kaufleute sehr gern gesehen haben. Das geht, wenn man des Kaisers Interesse am kaufmännischen Leben nicht ohnehin kennte, aus seinen Unterhaltungen mit den Kaufleuten und Bankbeamten unter den Reserveoffizieren hervor, die auf der Botschaft antraten. Der Kaiser richtete an jeden einzelnen der Herren das Ersuchen, ein Urteil über die Geschäftslage in seiner Branche anzugeben. Einem Clerk in einem großen Londoner Kupferhaus setzte die Majestät auf eine in der Verwirrung etwas konfus ausgefallene Antwort in treffendster Weise die Ursachen der Kupferhausse auseinander. Mit den Bankbeamten unterhielt er sich über die Krise in Amerika, und zeigte sich dabei bereits über Ereignisse unterrichtet, die der Telegraph selbst dem Fachpublikum erst später meldete. Eine auch in London domizilierende Pneumatikfabrik hatte drei Herren aus ihrem Stabe unter den Reserveoffizieren. Der Kaiser verglich lachend den Erfolg der Firma mit seinen eigenen Erfahrungen über Pneumatiks, die er als Automobilist auf der Landstraße machte. Bei dieser Gelegenheit sprach der Kaiser auch mit offenbarer Sachkenntnis von der Lage der Gummiindustrie. Eine kleine Vorlesung über seinen Artikel gab die Majestät einem Herrn aus einem Quebrachohaus, wobei gleichzeitig die wirtschaftlichen Verhältnisse in Südamerika zu einer scharf umrissenen Skizze kamen.

Den Offizieren jedes einzelnen Regiments rief er Einzelheiten aus der neuesten Regimentsgeschichte in Erinnerung. Die Totenkopfhusaren wurden als das Lieblingsregiment des Kaisers bezeichnet. Der Offizier eines hannoverschen Regiments gab dem Kaiser Veranlassung, die Kaiserin herbeizurufen und ihr zu erklären, dies sei das Regiment, dessen Oberst zu Pferde die Treppen hinauf in den Speisesaal seiner Offiziere gelangte, um von ihnen Abschied zu nehmen. Hinter den Offizieren hatten auch die dem Offiziersverein angehörigen Vizefeldwebel und Vizewachtmeister, diese im Frack, Aufstellung genommen. Das militärische Gefolge des Kaisers war der Meinung, diese Herren seien nicht vorzustellen. Der Kaiser selbst kehrte sich aber nicht an die Bedenken der militärischen Etikette und sprach mit der Mehrzahl der Herren. Dabei kamen die Majestäten auch zu einem Herrn, der zum Offizier gewählt ist, aber die kaiserliche Bestätigung seiner Wahl noch nicht erhalten hat, und den Sachverhalt erklärend, bemerkte, daß er deshalb nicht in Uniform erschienen sei. Die Kaiserin klopfte den Herrn tröstend mit dem Fächer auf den Arm und bemerkte: „Armer Mann!" Die

SLUB
Wir führen Wissen.